



Änderungsantrag

Fraktion DIE LINKE

Neu-Programmierung der EU-Strukturfonds in der Förderperiode 2014 bis 2020

Antrag Fraktionen CDU und SPD - Drs. 6/532

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ihre Positionen zu den Verordnungsvorschlägen der EU-Kommission zur Kohäsionspolitik 2014 bis 2020 vom 6. Oktober 2011 in den Ausschüssen für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien, für Finanzen, für Wissenschaft und Wirtschaft, für Arbeit und Soziales, für Landesentwicklung und Verkehr, für Bildung und Kultur, für Umwelt, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie für Justiz und Gleichstellung darzulegen.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich bei den Verhandlungen zur kommenden Förderperiode auf Bundes- und EU-Ebene für Solidarität und die Angleichung der Lebensverhältnisse innerhalb der Europäischen Union einzusetzen und dabei folgende Aspekte zu berücksichtigen:
 - Frühzeitige Einbeziehung des Regionalen Begleitausschusses und des Landtages bei der Erarbeitung der Operationellen Programme zu den EU-Fonds ab 2014 (Anhörungen, Konferenzen, Ausschüsse etc.);
 - Unterstützung des vorgeschlagenen neuen Förderziels „Übergangsregionen“ insbesondere gegenüber der Bundesregierung;
 - verstärkter Verhandlungseinsatz der Landesregierung auf Bundes- und EU-Ebene, um auch Sachsen-Anhalt Süd als derzeitige Phasing-Out-Region in das „Sicherheitsnetz“ aufzunehmen (75 %-Kofinanzierung und zwei Drittel der bisherigen Mittel, wie für Sachsen-Anhalt Nord);
 - Ablehnung der vorgeschlagenen fiskalischen Konditionalitäten und Sanktionen bei der Mittelvergabe, um den Grundgedanken der Kohäsionspolitik - dem Ausgleich - nicht zuwiderzulaufen;
 - Unterstützung des vorgeschlagenen Mindestanteils von 40 % ESF-Anteil im Verhältnis zum EFRE in der „Übergangsregion“ Sachsen-Anhalt;

(Ausgegeben am 09.11.2011)

- Ablehnung der vorgeschlagenen ausgeweiteten Darlehensfinanzierung („revolvierende Fonds“) für ESF-Maßnahmen, sondern weiterhin aus Zuschüssen finanzieren;
- Ablehnung der Beschränkung der Förderprioritäten auf Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Innovation und KMU-Unterstützung, um eine breitere und an den regionalen Bedürfnissen ausgerichtete Strukturpolitik zu ermöglichen;
- Unterstützung der vorgeschlagenen stärkeren inhaltlichen und politischen Verknüpfung und Zusammenführung von ESF und EFRE mit dem ELER;
- Ablehnung der vorgeschlagenen neuen Infrastrukturfazilität („Connecting Europe“) für Energie, Verkehr und Digitalisierung, wenn diese zu einer Reduzierung der Strukturfonds- und Kohäsionsmittel um 50 Milliarden Euro führt.

Begründung

Am 6. Oktober 2011 hat die EU-Kommission ihre Verordnungsvorschläge für die Kohäsionspolitik von 2014 bis 2020 veröffentlicht. Sie stehen im engen Zusammenhang mit dem mehrjährigen Finanzrahmen der EU von 2014 bis 2020. Derzeit beginnt die Diskussion im Europäischen Parlament und Europäischen Rat.

Die Parlamente in den betroffenen Regionen wurden zuvor nicht in die Rahmenplanungen der Kommission einbezogen. Ihnen bleibt nur eine allgemeine Information zu den Vorhaben vorbehalten sowie ein geringer Einfluss auf die konkrete inhaltliche regionale Ausgestaltung in Form der Operationellen Programme, die wiederum von der Landesregierung erarbeitet werden. Die Europäische Kommission richtet die Kohäsionspolitik stark am Wettbewerbsgedanken der „Europa 2020“-Strategie aus. Neu ist die Verknüpfung der EU-Fördermittel-Vergabe mit fiskalischen Konditionierungen, Sanktionen, Zielvereinbarungen und Leistungsreserven. Dies und die Zukunft Sachsen-Anhalts als EU-Förderregion erfordert in den nächsten Monaten eine breite öffentliche Diskussion.

Wulf Gallert
Fraktionsvorsitzender